

Der Gesellschaftler

Nationalsozialistische Tageszeitung



Allgemeines Amtsblatt für sämtliche Behörden in Stadt u. Kreis Nagold

Regelmäßige Beilagen: Flug und Scholle • Der deutsche Arbeiter • Die deutsche Frau • Wehrwille und Wehrkraft • Bilder vom Tage • Hitlerjugend • Der Sport vom Sonntag

Druckanstalt: „Gesellschaftler“ Nagold / Gegründet 1827, Marktstraße 14 / Postfach 100 / Amt Stuttgart Nr. 10 066
Strotonno 882 Kreispartei Nagold. In Kontraktfällen ob. Zwangsvergleichen wird der für Aufträge etwa bewilligte Nachschlag hinfällig

Anzeigenpreise: Die 1 spaltige Zeile ob. deren Raum 6 Wg., Familien-, Vereins- und amtliche Anzeigen sowie Stellen-Gesuche 5 Pfennig, Text 18 Pfennig. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden.
Verlagsdirektor Nr. 55

Bezugspreise: In der Stadt hqm. durch Boten monatlich RM. 1,50 durch die Post monatlich RM. 1,40 einschließl. 18 Pfg. Beförderungs-Gebühr zusätzlich 36 Pfg. Zustell-Gebühr. Einzel-Nr. 10 Wg. Bei Kass. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprecher Nr. 429

Freie Hand für Japans Nordchina-Garnison

Kämpfe bei Peiping im Gange — Japanische Regierungserklärungen

× Tokio, 27. Juli

Nachdem in einer Sonder Sitzung des japanischen Kabinetts der japanischen Nordchina-Garnison das Recht zugesprochen worden war, selbständig alle ihr erforderlich scheinenden Maßnahmen zum Schutze des Lebens und des Eigentums der japanischen Bevölkerung in Peiping und Tientsin zu treffen — die japanische Bevölkerung in Peiping wurde angewiesen, im Gesundheitsquartier Zuflucht zu nehmen — und die Innehaltung aller Abmachungen zu erzwingen, herrscht im Fernen Osten die stärkste Spannung. Obwohl der Befehlshaber der 29. japanischen Armee, General Sunjitschew, noch Montagabend die Erfüllung des japanischen Ultimatus zugesagt hatte — es handelte sich um den Abzug der chinesischen Truppen von der Linie Tapaolichan — Marco Polo-Brücke — Tschanghsingtien, die Räumung des Weichbildes von Peiping und des Westlagers am Sommerpalast durch die Truppen der 7. chinesischen Division —, war am Dienst-

tag seit 17.30 Uhr (östlicher Zeit) in Peiping starkes Artilleriefeuer zu hören, das den Beginn der japanischen Aktion bedeutete. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten hatten die chinesischen Truppen durch den Einsatz japanischer Flieger schwere Verluste. Insgesamt sind schon drei chinesische Divisionen, die 37., 38. und 132. in die Kämpfe verwickelt — der Versuch, in die 29. chinesische Armee einen Keil zu treiben, ist also mißglückt. Bei Tungsichou wurde ein Bataillon der chinesischen 38. Division von den Japanern entwaffnet. Die Kämpfe sind noch im Gange. Der britische Außenminister Eden erklärte im Unterhaus, daß man mit militärischen Maßnahmen der Japaner in und außerhalb von Peiping rechnen muß, doch würde der britische Geschäftsträger in Tokio angewiesen, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß ein solches Vorgehen vermieden wird. Sowohl in Tokio wie in Hanking haben die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und der Ver. Staaten einen Schritt unternommen, bei dem zur fried-

lichen Beilegung gemahnt wurde. Auch mit Sowjetrußland bleibt die britische Regierung in enger Fühlung.

Japanische Regierungserklärungen

Im japanischen Reichstag erklärte Ministerpräsident Waino Kono unter großer Spannung, daß die Entsendung japanischer Truppen nach China nur im Interesse der Friedensicherung erfolge. Vor allem appellierte die Regierungserklärung an die Geschlossenheit des japanischen Volkes. Außenminister Hirota bezeichnete es als Hauptaufgabe der nationalen Politik Japans, seine Stellung im Fernen Osten zu sichern. Die japanische Politik ist auf eine wirkliche Stabilisierung Ostasiens durch Ausöhnung und Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern Japan, Mandschulien und China gerichtet, wobei freilich auch dem kommunistischen Einbruch im Fernen Osten Halt geboten werden muß. Auch das deutsch-japanische Antikominternabkommen hob der Außenminister besonders hervor.

Brot für alle

Es gibt heute keinen Deutschen mehr, der nicht wüßte, daß der Lebens- und Nahrungsraum der Nation zu eng ist. Der Ackerboden des Deutschen Reiches hatte 1914 60,3 Mill. Menschen zu ernähren. Schon damals reichte diese Nahrungsfläche nicht aus, um die Ernährung der Nation sicherzustellen, und heute noch denken wir mit Schauern an jene Zeit zurück, da wir Hunderttausende von deutschen Kindern während der Weltkriegsblockade an Hungerdödem zugrunde gehen sahen. Das Diktat von Versailles hat die deutsche Ackerfläche ganz wesentlich verringert — die Bevölkerung aber hat sich auf über 66 Millionen vermehrt. Das Ziel der nationalsozialistischen Staatsführung, jedem Volksgenossen Arbeit zu beschaffen, bringt automatisch einen gesteigerten Lebensmittelbedarf mit sich. Es gibt heute keinen Haushalt ehrlich schaffender deutscher Menschen, in dem das gewöhnliche Brot fast ein Festessen wäre, wie es in der Zeit der Fall war, da Systemregierungen zwar eine sogenannte „Agrarpolitik“ betrieben, das Volk selbst aber der Grundlagen seiner notwendigen Ernährung beraubten.

Die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs des deutschen Volkes, die das Verbot der Verfälscherung und die restlose Abieferungspflicht für Brotgetreide ausspricht, geht vor allem von dem Grundgedanken aus, daß die Landwirtschaft keinen selbständigen Körper innerhalb des Volksganges darstellt, der ohne ihn existieren könnte. Aufgabe der nationalsozialistischen Staatsführung ist es — daran kann niemand rütteln — das Leben der ganzen Nation sicherzustellen, ohne Rücksicht auf Gewohnheiten und Gepflogenheiten eines Teiles. So wie der Arbeiter in beispielloser Disziplin sich ganz dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Produktionssteigerung zur Verfügung gestellt hat, ohne für sich den materiellen Vorteil sofortiger Lohnerhöhungen zu fordern, muß auch der deutsche Reichsnährstand seinen Teil dazu beitragen.

Die Aufgaben des deutschen Landwirts sind ungleich größer als die seines Berufsgenossen in den meisten europäischen Staaten. Der deutschen Landwirtschaft obliegt nicht die Pflicht, entweder Getreidebau oder Viehzucht zu treiben, sie muß beides in gleichem Maße tun, um die Ernährung eines auf engstem Raum zusammengedrängten Volkes sicherstellen zu können. Nun gibt es weite Gebiete (Emsland, Pommern usw.), die nur Roggenland sind, und denen alle anderen Futtermittel fehlen, so daß sie gezwungen waren, Getreide zur Viehfütterung zu verwenden.

Die Reichsregierung mußte aber eine einheitliche Regelung treffen, die vor allem die Schäden liberalistischer Wirtschaftsführung ausmerzt und auch für Jahre vor sorgt, in denen Witterungsverhältnisse die deutsche Gesamternte auf ein Mindestmaß herabziehen. Andererseits darf die Aufgabe der Erzeugung und Schlacht, die deutsche Freiheit zu erweitern, nicht vernachlässigt werden, ebenso wenig wie es die Notwendigkeiten der Sicherheit des deutschen Lebensraumes dürfen. Die Reichsregierung hat daher ausreichende Futtermittel, die vor allem in jenen Gebieten bereitgestellt und zum Teil schon ausgegeben wurden, in denen sie der Boden bisher nicht lieferte, so daß Brotgetreide dafür verwendet werden mußte. Es besteht also nicht die Gefahr, daß, um nur ein Beispiel zu erwähnen, die Schweinemast nunmehr notleidend müßte. Vor allem wurde die Zucker- und Stärke eingeführt; außerdem aber werden auch im Rahmen des Möglichen ausländische Futtermittel herangeschafft, so daß die Viehzucht bei einiger Disziplin der Landwirte in keiner Weise gefährdet erscheint.

In unseren Gebieten gibt der Boden genügend Futtermittel, so daß dieser Teil der Verordnung kaum einschneidende Änderungen in der Landwirtschaft herbeiführt. Wesentlicher ist für unsere Bauern und Landwirte die Abieferungspflicht für alles Brotgetreide — ausgenommen den Eigenbedarf, Deputat- und Ausgedingeleistungen. Es ist wohl selbstverständlich, daß sich der Bauer und Landwirt aus

Palästina-Plan endgültig abgelehnt

Denkschrift über die arabischen Forderungen

Eigenbericht der NS-Presse

cg. London, 27. Juli

Das arabische Komitee hat die Übermittlung einer Denkschrift an die Mandatskommission des Völkerbundes, die britische Regierung und den britischen Palästina-Kommissar beschlossen, in der der vielumstrittene Peel-Plan endgültig abgelehnt wird. Gleichzeitig wird eine Reihe von Forderungen erhoben, nach deren Erfüllung sich der Großmufti bereit erklärt wird, aber gewisse Fragen mit Großbritannien zu verhandeln. Das arabische Komitee verlangt: Sofortige Einstellung der jüdischen Einwanderung, sowie allen Landkaufs durch Juden. Verbotung der Versuche zur Gründung eines jüdischen Nationalheims in Palästina, völlige Unabhängigkeit der arabischen Länder, Aufhebung des britischen Mandats über Palästina und Abschluß des Vertrags zwischen England und Palästina, in dem letzteres als selbständiger Staat anerkannt wird. Auf der anderen Seite erklären sich die Araber bereit,

mit der britischen Regierung über die jüdischen Rechte in Palästina gewisse Ausnahmestimmungen gelten zu lassen und einen Rindersteuerschutz für die Juden zu behalten.

Um die Widerstände der Araber zu brechen, hatten die britischen Polizeibehörden versucht, den Vorsitzenden des arabischen Komitees, den Großmufti von Jerusalem, zu verhaften. Diese Absicht mißlang jedoch, da der Großmufti nirgends aufzufinden war. Das Rätsel um seinen vermutlichen Aufenthalt ist jetzt gelöst worden. Wie englische Blätter berichten, befindet sich der Großmufti schon seit Tagen in der Omas-Woschee in Jerusalem, die von seiner Leibwache in Verteidigungszustand gebracht wurde. Die britische Polizei wagt es jedoch nicht, gewaltsam in die Woschee einzudringen, da nach den islamitischen Vorschriften ein derartiger Gewaltakt einen unerhörten Sakrileg darstellen würde und daher ein allgemeiner Aufruhr der Araber zu befürchten wäre. Die Polizei begnügt sich daher damit, die Woschee zu überwachen.

10 spanische Schiffe beschlagnahmt

Britische Reeder appellierten an die Admiralität

Eigenbericht der NS-Presse

cg. London, 27. Juli

Der Vertreter des Valencia-Ausschusses in Cardiff veruchte, zehn in Bilbao beheimatete spanische Schiffe als „Eigentum Valencias“ zu rekrutieren, die gegenwärtig in verschiedenen englischen Häfen liegen. Da die Kapitäne und Mannschaften der Schiffe diese „Enteignung“ ablehnten, bat die spanische Reederei die britische Admiralität um einstweilige Sicherstellung der Dampfer. Diesem Ansuchen wurde trotz des Protestes des Valencia-Vertreters stattgegeben. Die Gerichte werden vermutlich noch in dieser Woche über das Eigentumsrecht der Schiffe entscheiden.

Stahlmangel in England

Schiffe können nicht fertiggebaut werden

Eigenbericht der NS-Presse

cg. London, 27. Juli

In den großen englischen Werften am Clyde liegen zahlreiche halb fertige Schiffe auf Kiel, die wegen Stahlmangels nicht fertig gestellt werden können. Trotz der Sammlung von Alteisens und anderen Maßnahmen kann der Stahlbedarf der Rüstungsindustrie nicht gedeckt werden.

Englische Eisenbahntarife erhöht

London, 27. Juli

Die englischen Eisenbahntarife werden ab 1. Oktober um 5 v. H. erhöht. Ausgenommen sind gewisse Arbeiterfahrkarten und Vorortfahrten von London.

Note Berbezentrale ausgehoben

Scharfes Durchgreifen gegen den roten Menschenschmuggel

Eigenbericht der NS-Presse

cg. Amsterdam, 27. Juli

In Durchführung der Sonderaktion der niederländischen Kriminalpolizei gegen roten Menschenschmuggel nach Rot-Spanien wurde in Amsterdam der Leiter des Emigrationsdienstes der Kommunistischen Partei, Koelenbaker, der einen führenden Posten bei der Internationalen Roten Hilfe bekleidete, in der Jacob-Hans-Benney-Gade verhaftet. Man fand bei der Hausdurchsuchung außerordentlich belastendes Material, aus dem hervorgeht, daß Koelenbaker als Leiter des Emigrantendienstes die Gewährung auf Unterstützung an ausländische, vor allem deutsche, Kommunisten davon abhängig machte, daß die Betreffenden sich zum Kriegsdienst für die spanischen Roten verpflichteten.

30 000 tote gefallen

Eigenbericht der NS-Presse

in Rom, 27. Juli

Die römischen Blätter lassen sich von ihren Korrespondenten in Spanien eingehend über die letzten Siege der Franco-Truppen über die roten Bänder berichten, wobei vor allem die eindeutig überlegene militärische Stellung der Nationalisten unterstrichen wird. Obwohl man in Valencia zunächst verachtete, die gewaltige Niederlage von Brunete zu verurteilen, mußte jetzt von den bolschewistischen Kommandostellen zugegeben werden, daß sie Sonntagvormittag 1000 Mann, 65 Maschinengewehre und rund 2500 Gewehre französischen und sowjetrussischen Fabrikates verloren.

Bei dem zweiten Angriff der Roten auf die Stellungen der Nationalisten, der nicht nur völlig hilflos war, sondern sich bei den Franco-Truppen sogar gelohnt hatte, die die Roten hinter die Ausgangsstellungen zurückwarfen, mußten diese bei der Flucht ein französisches Geschütz, 24 sowjetrussische Panzer, 12 Maschinengewehre, 8 französische Jagdflugzeuge, 4 Autoambulanz und 10 Bestrahlungswagen zurücklassen. Außerdem verloren die Bolschewisten 14 Flugzeuge, die während der Kampfstunden abgeschossen wurden. Diese von den Roten selbst angegebenen Zahlen werden ergänzt durch Feststellungen des nationalen Hauptquartiers,

nach denen im Verlauf dieser Schlacht die Verluste der Roten 30 000 Mann betragen. Diese Ziffer konnte von Valencia nicht bestritten werden.

Am gleichen Tage wurden bei einem vergeblichen Luftangriff von 24 roten Flugzeugen auf Salamanca 15 Maschinen abgeschossen, von denen 7 aus französischen und 8 aus sowjetrussischen Fabriken stammten.



Zur Bildung der spanischen Nationalregierung. Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, wird General Graf Jordana Ministerpräsident der spanischen Nationalregierung werden. (Weltbild, Jander-Bl.)

Der Volksgemeinschaft nicht ausschließen kann, sondern daß auch er sein Teil dazu beitragen muß, daß die Existenz der Nation nicht nur für heute und morgen, sondern für immer sichergestellt wird.

Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß gerade die Erfahrungen der Systemzeit jeden Kommentar der Verordnung des Reichsernährungsministers für den deutschen Bauern und Landwirt erübrigen. Der deutsche Bauer lebt mit der deutschen Nation und geht mit ihr zugrunde; es ist eine Selbstverständlichkeit, daß er mit dazu beiträgt, des Volkes und damit seine eigene Existenz sicherzustellen.

Sicherung des Brotgetreidebedarfs

× Berlin, 27. Juli.

Im Einvernehmen mit dem Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, erließ der Reichsernährungsminister zur Sicherstellung des Brotgetreidebedarfs des deutschen Volkes eine Verordnung, die gewährleistet, daß die gesamte Roggen- und Weizenerte in den Dienst der Brotverfertigung gestellt wird.

Die große Bedeutung der Verordnung unterrichtete der Reichsbauernführer in einer Sitzung, an der die Reichsstatthalter und Gauleiter, die Ober- und Regierungspräsidenten sowie die Landesbauernführer teilnahmen.

Polizei im Dienste des Ernteschutzes

Zur erfolgreichen Durchführung des Vierjahresplanes ist der erhöhte Schutz der eingebrachten Erntevorräte vor Brandgefahr unbedingt notwendig. Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Himmler hat deshalb die gesamte Polizei des Reiches und der Gemeinden angewiesen, dem Schutz der Erntevorräte dauernd die größte Aufmerksamkeit zu widmen und zur Verhütung von Bränden und Brandstiftungen unaufsichtlich alle Personen, die gegen die bestehenden Bestimmungen verstößen, anzuzeigen.

Wieder ein Jude Volkskommissar

Räterussische Eingekländnisse des Lebensmittelmangels - Katholischer Priester zu Tode gemartert

× Moskau, 27. Juli.

Zum stellvertretenden Volkskommissar für die Nahrungsmittelindustrie der Sowjetunion wurde der Jude Abraham Lazarowilski ernannt. Der Einzug dieses neuen Juden in den Rat des Volkskommissars wird allerdings kaum zur Behebung des von den führenden räterussischen Blättern festgestellten Mangels an Waren und Lebensmitteln beitragen, der im ganzen Lande ziemlich gleichmäßig herrscht.

Über den moralischen Verfall im „Räterussien“ berichtet „Pravda“, daß in 35 kontrollierten Handelsvereinigungen die Unterschlagungen sich auf 107 Millionen Rubel belaufen; das sind nur die direktesten und entdeckten Diebstehereien!

In Wlinsk ist der katholische Geistliche Borowitsch den Torturen der GPU im Gefängnis erlegen.

Die Wehrzahl waren Juden

als die polnische Polizei in Bialystok den Ausschuß der sogenannten „Kommunistischen Partei Westweißrusslands“ überwachend aushub, die u. a. auch eine illegale, tollkühn an die Bevölkerung verteilte kommunistische Zeitschrift herausgab.

Schon wieder neuer Streik in Paris

Eigenbericht der NS-Presse

gl. Paris, 27. Juli

Es scheint die Absicht des sich „Ministerium der Massen“ nennenden marxistischen Gewerkschaftsverbandes zu sein, dem Ministerpräsidenten Chaumemps zu beweisen, daß er auf seine Gnade angewiesen ist. Chaumemps hatte am Sonntag in einer Rede erklärt, daß seine Aufgabe durch die politischen Rundgebungen der Parteien nicht gerade erleichtert werde.

Chaumemps hatte am Sonntag das Verbrechen begangen, in aller Öffentlichkeit den Demagogen der „Volksfront“ zu sagen, daß die von ihnen fast täglich wiederholten Forderungen auf Erfüllung der einzelnen Punkte des sogenannten „Volksfront“-Programms in Anbetracht der augenblicklichen Finanzlage Frankreichs einfach nicht erfüllbar sind.

Diese marxistischen Drahtzieher, an deren Spitze einer der reichsten Männer Frankreichs, der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes C. G. T. Jouhaux steht, kümmern sich keinen Deut darum, daß die ständigen Arbeits-

konflikte und die Durchführung der 40-Stundenwoche auch das finanzielle Gefüge des Staates demoralisieren könnten, daß er weder in der Lage ist, die verlangte Verstaatlichung zahlreicher Wirtschaftszweige noch die geforderte Arbeitsbeschaffung zu finanzieren.

Wenn auch die Parlamentarier die Möglichkeit einer provisorischen Regierungskrise zunächst ausschalten, so ist es doch durchaus möglich, daß beim Zusammentritt der Kammer in der zweiten Oktoberhälfte auch die letzte Stunde des zweiten „Volksfront“-Kabinetts schlägt.

Wenn diese Fragen auch heute noch nicht akut sind, so sind sie doch symptomatisch für die Strömungen, die unter der Oberfläche des politischen Tagesgeschehens in Frankreich vor sich gehen.

Moskau wird allmählich erkannt

Das Echo auf die Nichteinmischungsverhandlungen in der englischen Presse

× London, 27. Juli

Die Verhandlungen des Hauptausschusses des Nichteinmischungsausschusses am Montag werden von der englischen Presse eingehend gewürdigt, wenigstens die Stellungnahme nicht einheitlich ist. So begrüßt der diplomatische Mitarbeiter der „Times“ das Ergebnis der Verhandlungen, während sein Kollege vom „Daily Telegraph“ den Eindruck hat, daß die Regierungen auch weiterhin mißtrauisch seien und dementisprechend ein „diplomatisches Spiel der Latitz“ durchführen.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ nennt die Erklärung Graf Grandis die wichtigste Entwicklung, da sie eine hoffnungsvolle Atmosphäre schuf - die allerdings schnell zerbröckelte, als der Sowjetbotschafter Raikoff die Weigerung seiner Regierung, General Franco das Recht Kriegsführender zuzugestehen, bekannt gab.

Die Pariser Presse nimmt eine gegenwärtige Haltung ein und verläßt zum Teil, Italien verantwortlich zu machen. Sie läßt sich allerdings von den Bemerkungen des Votschafters Graf Grandis über die Haltung der französischen Presse schwer betreffen und bemüht sich, das Gefühl der Sicherheit der britisch-französischen Freundschaft in den Vordergrund zu stellen.

Moskau als Störenfried

Es verweigert die Anerkennung General Francos als kriegsführende Macht

× London, 27. Juli.

Der Ausschuss einigte sich darüber, bis Donnerstag mittag schriftliche Stellungnahmen der einzelnen Regierungen zu den einzelnen Fragen vorzulegen. In der Sitzung erklärte der italienische Votschafter Graf Grandi, daß der britische Plan in der Reihenfolge erörtert werden muß, in der er angenommen wurde.

Starke Rufe kamen von der Sowjetbotschafter mit der Erklärung hervor, daß seine

Moskauer Schatzjüge in London

Eigenbericht der NS-Presse

-eg. London, 27. Juli

Englische Wirtschaftskreise stellen eine unheimliche Aktivität sowjetrussischer Elemente in England fest. Die Handelsvertretung des Rätebundes versucht, durch Zusicherung größerer Bestellungen die englische Geschäftswelt in Sinne Moskaus zu beeinflussen.

Sowjet-Dampfer aufgebracht

London, 27. Juli.

Der wegen Waffenschmuggels für das bolschewistische Spanien in rumänischen Hafen Konstanza beschlagnahmte Dampfer „Pola“ wurde, unter schwedischer Flagge zu entkommen. Kriegsschiffe brachten ihn in den Hafen zurück.

Son der Weiberfront

Nach dem nationalen Heeresbericht vom Montag wurden an der Front von Madrid in den vergangenen Kampfen etwa 100 Waffenschmuggel- und zahlreiche Lastabwehrgeschütze erbeutet. Das Schlachtfeld von Brunete ist bedeckt mit gefallenen Feinden.

„Völkerbundstrabanten - Feinde des Friedens“

Englisches Echo in der „Daily Mail“ auf einen Aufsatz des italienischen Regierungschefs

London, 27. Juli.

Der der Feder Mussolinis zugeschriebene Aufsatz des „Popolo d'Italia“, in dem der Völkerbund scharf verurteilt wurde, gibt der „Daily Mail“ Anlaß, sich für eine starke britische Außenpolitik einzusetzen.

Die britische Flotte für die sogenannten völkischen „Regierung“ kämpfen sollen. Das britische Volk sieht aber allmählich, daß der Völkerbund und „seine schnatzernden Trabanten“ die schlimmsten Feinde des Friedens sind.

Jouhaux in Valencia

Eigenbericht der NS-Presse

gl. Paris, 27. Juli.

Der über das Wochenende nach Valencia gereiste französische Gewerkschaftler Jouhaux hatte dort Besprechungen mit den spanischen Oberbolschewisten. Man erörterte die Ausschüsse einer Einigung im Londoner Nichteinmischungsausschuss und die Möglichkeit einer allgemeinen europäischen Gewerkschaftsbewegung zugunsten der spanischen Bolschewisten.

Britischer Dampfer aufgebracht

London, 27. Juli

Der britische 2500-Tonnen-Dampfer „Mrupanu“ wurde auf der Höhe von Gijoa in spanischen Hoheitsgewässern vom nationalspanischen Kreuzer „Ciudad de Valencia“ aufgebracht und nach Ferrol geleitet.

Solnticher Sieg in Zürich

Zürich, 27. Juli

Die 4. Internationale Züricher Flugwoche brachte am Dienstag bei wieder ausgegünstetem Wetter lediglich den Wettbewerb der Sport- und Tourenflugzeuge. Insgesamt 21 Teilnehmer bewarben sich um den Preis, der auf Grund der Vorgabeformel von demjenigen Flugzeug gewonnen wurde, das als erstes wieder in Dübendorf landete.

5 Opfer des Ranga Parbat geborgen

München, 27. Juli

Die Deutsche Himalaja-Stiftung teilte Dienstagabend mit: Von Paul Bauer tre eine Meldung ein, wonach es gelungen ist, fünf der im Lager 4 am Ranga Parbat unglücklich Bergsteiger aufzufinden; es handelt sich um die Expeditionsteilnehmer Pfeiffer, Hartmann, Gey, Dr. Wirs und Fankhauser.

Das Lager vier, das jetzt von der Katastrophe ereilt wurde, war bei früheren Expeditionen als vollkommen sicher angesehen worden; es war jedesmal Wochen hindurch besetzt.

Zwei weitere Bergsteiger, Müllerer und Götner, und die neun Träger, die bei dem Unglück gleichfalls verunglückt wurden, konnten nicht mehr geborgen werden. Die Bergungsarbeiten waren infolge der Härte der Lawine und des Sauerstoffmangels in der großen Höhe von über 6000 Metern außerordentlich anstrengend.

„Baseler Nachrichten“ Schickal

Eigenbericht der NS-Presse

-In. Rom, 27. Juli

Der berühmte Vertreter der „Baseler Nachrichten“, der osteuropäische Jude Franz Klein - als Grenellagenmeister auch im Dritten Reich kein Unbekannter - wurde wegen tendenziöser Berichterstattung nunmehr auch aus Italien ausgewiesen.

